

**Protokoll:**

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig legt dar, dass die ursprüngliche Haushaltssatzung mit einem Jahresfehlbedarf von 54,9 Mio. Euro gerechnet habe. Diese vom Stadtrat beschlossene Haushaltssatzung habe die ADD mit Verfügung vom 12.07.2011 mit der Maßgabe beanstandet, im freiwilligen Leistungsbereich den Zuschussbedarf von geplanten rd. 47,7 Mio. Euro um mindestens 500.000 Euro zurückzuführen.

Zur Sicherung dieser Vorgaben seien im laufenden Haushaltsvollzug 600.000 Euro vorläufig gesperrt worden. Dementsprechend hätten freiwillige Aufwendungen in einer Gesamthöhe von 47,1 Mio. Euro zur Bewirtschaftung freigegeben werden können.

Darunter hätten sich Aufwendungen für Theater, Museen, Bibliothek und VHS, genauso wie für die Förderung der Jugend und des Sports und der besonders wichtigen Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements durch Zuschusszahlungen befunden.

Nachdem der so in Kraft getretene Etat bereits eigene Einsparbemühungen in einer erheblichen Größenordnung verwirklicht habe (3-Mio.-Euro-Liste), hätten Verwaltung, Haushaltsstrukturkommission und Stadtrat auch ein Zeichen auf der Einnahmenseite gesetzt. Darunter falle bspw. die Anhebung der Gewerbesteuer.

Er verweist darauf, dass man zunächst Einsparungen vorgenommen habe und erst im Anschluss die Erhöhungen beschlossen habe.

Der zur Verabschiedung anstehende Nachtrag dokumentiere daher nicht nur die vollständige Erfüllung der von der ADD aufgegebenen Einsparauflagen und Ergebnisverbesserungen durch die verstärkte Einbeziehung der Beteiligungsgesellschaften mittels weiterer Gewinnausschüttungen.

Er weise auch gestiegene Gewerbesteuereinnahmen aus, die mit rd. 3 Mio. Euro auf die Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes zurückzuführen seien.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig dankt dem Stadtrat ausdrücklich dafür, dass man sich gemeinsam zu diesem Schritt habe entschließen können.

Er bedanke sich aber auch bei der Wirtschaft für deren Solidarität mit der Finanzsituation und der Sicherstellung der Aufgabenerfüllung durch die Kommune. Tatsache sei, dass diese Erhöhung der Gewerbesteuer relativ problemlos habe durchgesetzt werden können. Dies interpretiere er als ein außerordentlich erfreuliches Zeichen.

Es sei weiterhin eine Tatsache, dass man sich mit dem nun geltenden Gewerbesteuersatz höchsten im Bundesdurchschnitt bewege. Insofern könne diese Angelegenheit als ordentlich geregelt betrachtet werden.

Andere Sachverhalte, die die Stadt selbst nicht beeinflussen könne, und dies auch zukünftig im Grundsatz nicht können werde, seien die um rd. 2,2 Mio. Euro gestiegenen Zuschussbedarfe im Bereich Soziales und Jugend.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass eine Haushaltssanierung, die ausschließlich auf den freiwilligen Leistungsbereich abziele, nicht funktionieren könne.

Es sei so, dass der Mittelbedarf aller freiwilligen Leistungen in der Summe geringer sei, als der Bedarf der derzeitigen Nettokreditaufnahmen. Er verdeutlicht, dass selbst wenn man den

gesamten freiwilligen Leistungsbereich aufgeben würde, man immer noch eine Neuverschuldung aufweise.

Daher sei es unausweichlich notwendig, den eingeschlagenen Weg fortzuführen und Einsparungen auch im gesetzlich gebundenen Bereich vorzunehmen. Dabei könne die Frage allerdings nicht lauten, ob man sie erfüllen müsse, sondern wie man sie erfülle.

Dies werde auch im Sozialbereich unausweichlich notwendig sein, da man angesichts des hohen Volumens der Sozialausgaben sonst keine erfolgreiche Haushaltskonsolidierung betreiben könne.

Gleichwohl gebe es aber auch erfreuliche Dinge. Dazu gehöre, dass der für Zahlungen an die BUGA GmbH vorgesehene Aufwand dank der dort erzielten eigenen Einnahmen um 3 Mio. Euro habe zurückgeführt werden können und die Schlüsselzuweisungen und Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer weitere 5,9 Mio. Euro brächten.

Über alles gesehen, führten die im Nachtrag zum Ausdruck kommenden vereinten Bemühungen von Verwaltung und Rat und die v.g. Außeneffekte zu einer Ergebnisverbesserung um fast 14 Mio. Euro.

Der Fehlbetrag sinke damit auf rd. 41 Mio. Euro. Abzüglich der Abschreibungen liege die Stadt danach bei einer Gesamtkreditaufnahme von 37 Mio. Euro. Dies sei in der Tendenz erfreulich, aber im Ergebnis keineswegs zufrieden stellend.

Deshalb wolle man sich damit auch nicht zufrieden geben.

Er führt aus, dass die Auswirkung dieser positiven Veränderung zusammen mit der Rückführung des Investitionskreditbedarfs um rd. 2,4 Mio. Euro auf die Gesamtverschuldung der Stadt und die zukünftigen Zinsbelastungen nicht gesondert hervorgehoben werden müssten.

Der Nachtrag belege gegenüber der ADD und den Bürgerinnen und Bürgern, dass nicht nur ein Signal zum Aufbruch gegeben worden sei, sondern dass sich die Stadt in diesem Jahr ernsthaft auf den Weg der Konsolidierung begeben habe und diesen konsequent weitergehen wolle. Dies zeigten auch die Tagesordnungspunkte zum Kommunalen Entschuldungsfonds und der Vergnügungssteuer.

Hinsichtlich der anstehenden Beratungen zum Haushalt 2012 bedankt sich Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig für den einstimmigen Eckwertebeschluss, durch den man die nächsten Jahre gebunden sei. Er hebt hervor, dass dieser Eckwertebeschluss für die Verwaltung absolut bindend sei.

Er erläutert weiter, dass sich der Stadtvorstand am 14.11.2011 mit dem Investitionshaushalt 2012 beschäftigen werde. Dies werde strikt unter den Voraussetzungen des Eckwertebeschlusses geschehen; Sanierung ja, neue Projekte nein.

Eine Konsolidierung und stringente Arbeit der Haushaltsstrukturkommission werde gerade wegen der Haushaltbelastung durch den Zentralplatz im nächsten Jahr erforderlich sein.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig teilt mit, dass er sich freue, dass der ehemalige Präsident der ADD, Dr. Josef Mertes, für die Monate Oktober und November zugesagt habe, die Beratungen in der Haushaltsstrukturkommission zu begleiten.

Dr. Mertes habe für die nächste Sitzung ein Papier vorbereitet, in dem alle aus seiner Sicht denkbaren Überlegungen, wie man zu weiteren Einsparungen kommen könne und an welchen Stellen Einnahmeverbesserungen erzielbar seien, zusammengestellt seien.

Ferner werde man sich in der nächsten Zeit mit allen bekannten, ausführlichen Haushaltskonsolidierungsbemühungen anderer Kommunen beschäftigen. Hierbei solle überprüft werden, ob es in anderen Städten vergleichbarer Größenordnung Ideen und Anregungen gebe, die für Koblenz tragbar seien.

Er fasst zusammen, dass der zu Beschlussfassung anstehende Nachtragshaushalt ein Zeichen sei, auf dem richtigen Weg zu sein, aber zugleich auch die Herausforderung sei, den Weg weiter zu beschreiten, da man noch lange nicht am Ziel sei.

Er bittet um die Zustimmung zum Nachtragshaushalt.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig berichtet, man sei im Ältestenrat übereingekommen sei, dass die Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu 10 Minuten hätten und in der Reihenfolge der Stärke der Fraktionen aufgerufen würden.

### **Rede CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer:**

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Herren Beigeordnete, sehr geehrte Medienvertreter, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Haushaltsjahr hat uns, die Verwaltung und die Ehrenamtler, neben der BUGA ganz schön auf Trab gehalten. Ich darf erinnern:

Die erste Haushaltssatzung am 08.04.2011 wurde mehrheitlich abgelehnt. Wir hatten an diesem Entwurf kritisiert, dass er nichts mit einem Sparhaushalt zu tun hatte. Er beinhaltete keinerlei Umsteuern, sondern verlor sich größtenteils in Symbolpolitik, im Zusammensparen kleinster Beträge, nicht in sinnvollem und wirkungsvollem Sparen. Der Verbesserungsvorschlag der CDU-Fraktion bestand darin, jenseits des Sparens bei Einzelprojekten, grundsätzliche strukturelle Reformen auf den Weg zu bringen. Unser in diesem Sinne entwickeltes 10-Punkte-Papier wurde von Verwaltung und Rat positiv aufgenommen, so dass in der zweiten Lesung am 19. Mai in meiner Fraktion eine Zustimmung zum Haushalt möglich wurde. Wir hatten den Eindruck gewonnen, dass die Verwaltung unser Anliegen, statt Bleistiftzählerei zu betreiben, das Übel an der strukturellen Wurzel zu packen, ernst nimmt und hoffentlich vorantreibt.

Nachdem der beschlossene Haushalt die 3-Mio-Giftliste des Oberbürgermeisters zum Inhalt hatte, setzte die ADD noch einen drauf und verlangte, Einsparungen von 500.000 Euro im freiwilligen Leistungsbereich vorzunehmen. Dies war wiederum kein sinnvolles und wirkungsvolles Sparen, sondern Kürzen bei Vereinen und sozialen Einrichtungen.

Der Beschluss am 29.09.2011 ist nicht nur meiner Fraktion sehr schwer gefallen, die von der Verwaltung aufgestellte Haushaltskonsolidierungsmaßnahme zu akzeptieren. Treffen doch die erheblichen Einschnitte gerade die Bereiche, die uns besonders am Herzen liegen.

Warum ist eigentlich im November eine Nachtragshaushaltssatzung erforderlich, wenn die letzte Verabschiedung gerade 6 Monate zurückliegt?

Nach § 98 GemO ist es notwendig, weil bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Aufwendungen in erheblichem Umfang geleistet oder wenn bisher nicht veranschlagte Investitionen getätigt werden müssen.

Beides ist zutreffend.

Leider ist erneut zu beobachten, dass im Jugend- und Sozialhilfereich die Aufwendungen davonlaufen. Das Defizit erhöht sich an dieser Stelle um 2,2 Mio. Euro (von 74 auf 76,2 Mio. Euro). Wesentliche Positionen hierbei sind die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und sonstige Leistungen für Kinder-, Jugend- und Familienhilfe. Verstehen Sie mich nicht falsch. Es ist uns immer ein Anliegen, sozial Benachteiligte in unserer Gesellschaft aufzufangen.

Aber es kann nicht Aufgabe einer einzelnen Kommune sein, die finanziellen Belastungen hierfür zu tragen. Die zusätzlichen Leistungsangebote von Bund und Land wären auch von dort zu bezahlen, denn wer bestellt, bezahlt (Konnextitätsprinzip). Der Bund hat seine Hausaufgaben insoweit erledigt, als in den kommenden Jahren die Zuwendungen an die Kommunen für die Grundsicherung steigen. Es geht hier allein für den Zeitraum 2012 - 2015 um eine Nettoentlastung der Kommunen bundesweit von 12,2 Mrd. Euro. Bis 2020 wird diese Entlastung auf sage und schreibe 54 Mrd. Euro anwachsen. Für die Stadt Koblenz bedeutet dies Kostenreduzierungen im Jahr 2012 um 2,1 Mio. Euro, 2013 um 4,4 Mio. Euro und 2014 um 7,5 Mio. Euro. Dies ist eine erhebliche Entlastung für den städtischen Haushalt.

Der Bund hat also seine Hausaufgaben gemacht, wir warten auf das Land.

Was z.B. die Förderung von Kindern in den Tageseinrichtungen angeht, würden wir uns wünschen, dass Ministerpräsident Beck sich nicht nur medial feiern lässt, weil Rheinland-Pfalz bei der Betreuung die Nase vorne hat, sondern er den Kommunen auch die notwendige finanzielle Ausstattung uneingeschränkt zukommen ließe.

Auch der Zuschussbedarf im Teilhaushalt 10 (Bauen, Wohnen und Verkehr) erhöht sich um 2,4 Mio. Euro, u. a. wegen einer vorsorglich gebildeten Rückstellung für eine Hangsicherung. Damit ist hier gewährleistet, dass wir nicht bei Prüfung der Jahresrechnung 2011 auf über- oder außerplanmäßige Aufwendungen stoßen, wie es uns heute unter TOP 5 noch begegnen wird.

Die CDU-Fraktion bedauert, dass die Umgestaltung des Fußgängerbereichs im Einkaufszentrum Karthause gestrichen wurde, obwohl darüber seit 9 Jahren diskutiert wird. Die Verwaltung hat stets daran mitgewirkt, diesen Bereich nachhaltig zu sanieren und neu zu gestalten. Dabei geht es in erster Linie um den Rückbau der Hochbeete. Hierüber bestand bisher Einigkeit. Nun wird im Nachtrag diese Gemeinsamkeit verlassen. Für die Bürgerinnen und Bürger auf der Karthause das falsche Zeichen, welchen Stellenwert ein Ortsteil hat. Vor wenigen Wochen hat eine gemeinsame Bürgerversammlung von CDU und SPD stattgefunden, in der deutlich wurde, dass die Bürgerinnen und Bürger eine baldige Lösung erwarten.

Die Verpflichtungsermächtigungen erhöhen sich von 6,6 Mio. auf 31,5 Mio. Euro. Allein im Teilhaushalt 10 (Bauen, Wohnen und Verkehr) fällt auf, dass sich die Verpflichtungsermächtigungen von 5,8 Mio. Euro auf 19 Mio. Euro erhöhen. Diese betreffen u. a.: Ausbau Carl-Spaeter-Straße, Baugebiet südliches Güls, Sanierung Balduinbrücke und

Brückenbauwerk Langemarckplatz. Dies sind Maßnahmen, die wir befürworten. Insbesondere auf den Bereich der Straßen und Brücken bezogen, ist anzumerken, dass die Kuh, die gemolken werden soll, hier im Hinblick auf die Gewerbesteuer, auch gefüttert werden muss, und dazu gehört vor allem die Infrastruktur.

Daher stößt es auch auf völliges Unverständnis unserer Fraktion, dass unsere Anträge zur Breitbandversorgung von diesem Rat nicht unterstützt wurden, denn schnelles Internet ist heute ein absolutes Standortkriterium. Ohne schnelles DSL ist eine Kommune heute im Kampf um Gewerbeansiedlungen und Einwohner nicht wettbewerbsfähig.

Negative Entwicklungen im Haushalt werden aber mehr als kompensiert durch erfreuliche Ergebnisse in anderen Positionen. Erhöhte Gewinnausschüttungen der Stadtwerke und der Aufbaugesellschaft sind Beleg für erfolgreiches Wirtschaften. Bemerkenswert ist auch, dass die Investitionskredite um 2,4 Mio. Euro niedriger aufgenommen werden müssen als geplant.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer erhöht sich um fast 2 Mio. Euro. Dies belegt die erfreuliche Entwicklung am Arbeitsmarkt. Wer hätte auf dem Höhepunkt der letzten Finanzkrise gedacht, dass eine Arbeitslosenzahl von unter 3 Mio. erreichbar wäre? Hilfreich dazu waren auch die aufgelegten Konjunkturprogramme.

Auch die Wirtschaft in Koblenz boomt. Dies wird deutlich an den angestiegenen Gewerbesteuereinnahmen auch ohne Hebesatzerhöhung.

Nicht unerwähnt bleiben darf im Jahre unseres Sommermärchens, dass eine geplante Auszahlung an die Buga GmbH in Höhe von 3 Mio. Euro entbehrlich wurde.

Unter dem Strich verbessert sich der Ergebnishaushalt von – 54,8 Mio. auf – 41 Mio. Euro, also eine Verbesserung von 13,8 Mio. Euro, die wir uns in jedem Jahr wünschen. Größtenteils entsteht diese Verbesserung allerdings durch Steuermehreinnahmen aufgrund der hervorragenden Wirtschaftslage. Städtischerseits beschränkt sich die Verbesserung vor allem auf Einnahmeerhöhungen statt auf Sparmaßnahmen. Das heißt im Klartext, dass Sie, Herr Oberbürgermeister, im eigenen Haus noch keine großen Sparbeiträge formuliert haben. Dafür werden aber die Bürgerinnen und Bürger durch die Erhöhung von Steuern und Gebühren zur Kasse gebeten. Das ist nicht in Ordnung. Wir haben kein Einnahme- sondern ein Ausgabenproblem und das muss man angehen, bevor man die Bürgerinnen und Bürger belastet!

Zur weiteren Entdeckung von Sparpotentialen braucht man als Grundlage einen Kassensturz. Deshalb ist es unerträglich und absolut nicht hinnehmbar, dass wir noch immer keinen Rechnungsabschluss für 2009 haben.

Dies wäre laut GemO bis zum 30.06.2010 zwingend erforderlich gewesen. Dies ist nicht nur eine fehlende Grundlage für die Analyse der Haushaltsverbesserungsmöglichkeiten, sondern schlichtweg rechtswidrig. Wir werden diesen rechtswidrigen Zustand nicht länger akzeptieren und fragen Sie, Herr Oberbürgermeister, wie es weitergehen soll. Auch der Abschluss für 2010 steht seit fünf Monaten aus.

Insofern unser Appell an die Haushaltsstrukturkommission: Mit unserer Zustimmung zu dem Eckwertebeschluss 2012 haben wir einen Vertrauensvorschuss gegeben und sind auf die Umsetzung gespannt.

Für die CDU-Fraktion gehört in jedem Fall dazu, dass der unglaubliche Erfolg der BUGA auch in 2012 fortwirkt und dafür heute die Weichen gestellt werden. Unter Tagesordnungspunkt 7 werden wir über die geplante Nachnutzung zu entscheiden haben.

Da das Land an seiner Förderzusage festhält und versuchen will, uns die maximale Förderung von 49 Mio. Euro zukommen zu lassen, wie Minister Lewentz auf Nachfrage von Landtagsabgeordnetem Andreas Biebricher erklärt hat, ist uns da gar nicht bange. Für das Jahr 2011 ist die CDU-Fraktion jedenfalls konsequent. Angesichts der verbesserten Zahlen und des Beginns der Umsetzung unserer strukturellen Reformen, werden wir dem Nachtrag zustimmen.

Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an dem vorliegenden Zahlenwerk mitgewirkt haben, an der Spitze Frau Brockmann-Kneip.

Die CDU-Fraktion beantragt, zu P661002 Gehweg Anderbachstraße, Rübenach, eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 10.000 Euro für den Grunderwerb mit Kassenwirksamkeit 2012 einzustellen. Es handelt sich um keine neue Maßnahme.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!“

### **Rede Rm Pilger (SPD)**

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

meiner Aussage zu Beginn meiner Rede werden wahrscheinlich alle zustimmen können: Es muss zukünftig mehr gespart werden. Auf Pump zu leben geht, auf längere Sicht, weder im privaten noch im öffentlichen Leben gut.

Doch bei der Frage, wo wir sparen sollen, so fürchte ich, wird die Einigkeit bereits vorbei sein.

Die Haushaltsstrukturkommission unter der Leitung von Herrn Graulich, hat diese schmerzhaften Einschnitte schon angerissen. Diese sind unumgänglich, will unsere Stadt auch in wenigen Jahren noch handlungsfähig sein und nicht den jungen Generationen eine unverantwortliche Last überlassen.

Herr Graulich kritisiert nicht grundsätzlich die Aufnahme von Verbindlichkeiten, sondern solche, die aufgenommen wurden, um Konsumausgaben zu bezahlen.

Wir werden also auch weiterhin Kredite aufnehmen müssen, um in die Zukunft zu investieren. Insbesondere in Bildung und Infrastruktur müssen ausreichend Gelder fließen.

Beispielhaft sei an dieser Stelle die Einrichtung der Kindertagesstätte Musikerviertel auf dem Oberwerth genannt, zu deren Umsetzung dringender Handlungsbedarf besteht.

An den Investitionen in die BUGA sieht man, wie nachhaltig ein Projekt sein kann, das ebenfalls zunächst nicht die Zustimmung aller fand. Die städtebaulichen Missstände in Koblenz aus der jüngeren Vergangenheit, sind in vielen Köpfen bereits verschwunden.

Den Schwung dieses Ereignisses heißt es nun in die kommenden Jahre mitzunehmen. Am Nachnutzungskonzept wird bereits gearbeitet und es weist in die richtige Richtung.

Auch wenn wir kostenintensive Großprojekte in Koblenz nicht realisiert hätten, wäre hiermit die strukturelle Verschuldung nicht gebremst worden, auch wenn hierdurch der Kassenstand zugegebenermaßen gegenwärtig weniger belastet wäre.

Und es hilft an dieser Stelle auch nicht, immer wieder auf die Vergangenheit zu verweisen, was uns doch alles erspart geblieben wäre, wenn wir zum Beispiel den Zentralplatz oder den Schienenhaltepunkt Mitte nicht - wie im Rat beschlossen - in die heutige Form gebracht hätten. Diese Themen immer wieder neu aufzubrühen, bringt uns nicht weiter und macht auch keinen Sinn. Es sei denn, man hat zu wenig andere Themen mit denen man sich inhaltlich auseinandersetzen kann.

Und liebe Kolleginnen und Kollegen: auch der Zentralplatz wird zum Erfolgskonzept werden und wird unsere Stadt weiterhin zukunftsfähig halten und weiter aufwerten.

Im Jahr 2010 haben wir 117 Mio. Euro des gesamten Etats unserer Stadt für Leistungen im Sozial- und Jugendbereich ausgegeben. Dieses Jahr werden es noch erheblich mehr sein. 77,5 Mio. Euro und damit der größte Anteil, fließt in Grundversorgung und Hartz IV.

Sozialforscher weisen schon seit Jahren darauf hin, dass die Kommunen schon in wenigen Jahren nicht mehr in der Lage sein werden, bei gleichem Trend diese Kosten zu tragen.

In meiner letzten Rede zum Nachtragshaushalt habe ich bereits darauf hingewiesen, dass diese Entwicklung nur durch Investitionen in die Bildung zu stoppen sein wird. Kinder müssen von klein an stärker unterstützt und begleitet werden, damit bessere Bildungsabschlüsse erzielt werden können. Nur durch gute Sprachkenntnisse, einen Schulabschluss und eine Berufsausbildung kann es jungen Menschen gelingen, in normale Lebensvollzüge zu kommen und hierdurch aus der Abhängigkeit entlassen zu werden.

Neben entfallenen Transferleistungen wirken sich die zusätzlichen Steuereinnahmen und Einzahlungen in die Sozialkassen positiv auf die öffentliche Haushalte aus.

Und lieber Herr Kollege Dr. Gross, ich nehme Ihren Einwand bereits vorweg, letztes Mal sagten Sie „jetzt zurück zum Thema“, dies ist das Thema, wie dauerhaft und zukunftsweisend unser Stadthaushalt entlastet werden kann und nicht der immer wieder aufgebrühte Zentralplatz und der Schienenhaltepunkt Mitte.

Neben den Sparmaßnahmen muss geprüft werden, wie die Einnahmen erhöht werden können.

Erste Schritte wurden bereits getan, weitere müssen folgen.

Der Baufortgang in Neubaugebieten könnte beschleunigt und Grundstücke möglichst schnell veräußert werden.

Das Nachnutzungskonzept für die freiwerdenden Liegenschaften, die sich durch den Neubau des Kulturbaus auf dem Zentralplatz ergeben, muss schnellstmöglich umgesetzt werden.

Die Sanierung des Romanischen Hauses muss beziffert werden, evtl. kann über den Verkauf des Hauses, zu einem symbolischen Preis, zum Beispiel an eine Künstlergemeinschaft, nachgedacht werden.

Und zuletzt noch die Bitte an uns alle, die Verwaltung nicht mit einem Anfragewust zu überschütten, binden diese doch umfangreich Arbeitskräfte, die oftmals weitaus sinnvoller eingesetzt werden könnten.

Meine Damen und Herren, die SPD Fraktion stimmt dem Nachtragshaushalt zu, mit einem herzlichen Dankeschön an die Verwaltung, für ihre hervorragende Arbeit.

Alle, die meinen, den Nachtragshaushalt ablehnen zu müssen, können dann den Sportvereinen und den freien Trägern auch erklären, warum die noch ausstehenden Zuschüsse nicht ausgezahlt werden können und wie sie die Finanzlücken schließen sollen.

Die Frau Bürgermeisterin, einige Ratskolleginnen, Kollegen und auch ich, wir sind sicherlich alle bereit, entsprechende Gesprächspartner zu vermitteln.

Es wurden nämlich bereits viele Gespräche in den vergangenen Wochen geführt, um gemeinsam mit den Freien Trägern nach Lösungsansätzen zu suchen, die schon heute durch die pauschale Kürzung der Zuschüsse von 7,1% entstanden sind.

Ich wünsche allen viel Spaß beim Erklären.

Vielen Dank.“

### **Rede BIZ-Fraktionsvorsitzender Dr. Gross**

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

wir machen natürlich eine andere Rechnung auf. Bezug nehmend auf die Etatrede meines Stellvertreters Stephan Wefelscheid vom 8. April 2011 möchte ich für die Fraktion der BI-Zukunft folgende Stellungnahme zum vorgelegten Nachtragshaushalt abgeben:

Auch von uns zunächst einmal vielen Dank an die Kämmerei, für die monatelange, schwierige Arbeit an diesem Nachtragshaushalt und die kurzfristige, schriftliche Beantwortung unserer Nachfragen zum investiven Haushalt. Leider sind die Zahlen alles andere als positiv für unsere Stadt.

Zwar weist der Ergebnishaushalt einen geringeren Fehlbetrag aus, aber auch eine geringere Neuverschuldung ergibt eine höhere Verschuldung und verstößt gegen das Leitbild des „ehrbaren Kaufmanns“, d. h. gegen den Grundsatz des „nachhaltigen Wirtschaftens“.

Die Finanzlage unserer Stadt kommentierte Peer Steinbrück kürzlich in der RZ vom 4. Oktober 2011 wie folgt: „Das ist nah an Griechenland dran“.

Wir leben weiter über unsere Verhältnisse und der Vermögensverzehr nimmt derart zu, dass das Eigenkapital der Stadt bald aufgebraucht ist. Steuereinnahmen haben nur eine kurzfristige Wirkung, reichen aber nicht aus, um langfristige Strukturdefizite zu kompensieren. Außerdem sind diese Einnahmen starken Schwankungen unterworfen, wie wir es 2009 schmerzhaft erfahren haben. Wir sind auch nicht gegen eine evtl. Finanz- oder Wirtschaftskrise gewappnet.

Zu den 473 Mio. € derzeitiger Schulden kommen, wie der Oberbürgermeister im „Blick aktuell“ ausführte, bei unverändertem Vorgehen jedes Jahr ca. 50 Mio. € dazu. Er sagte, dass wir ab 2016 keine neuen Schulden mehr machen dürfen, „sonst wären wir im klassischen Sinne pleite“. Er sagt aber nicht in diesem Zitat, wie er das weiterhin verhindern will und verweist auf die Haushaltsstrukturkommission. Wie wir soeben aber hören konnten, soll 2012, nachdem er zwei Jahre im Amt ist, alles anders werden. Wir sind gespannt auf das Gesamtkonzept unseres Kämmerers.



Jetzt kommt wieder unser Thema. Der Einstieg in den Ausstieg aus dem Kulturbauprojekt wäre zur rechten Zeit das richtige Signal in Richtung haushalterischen Umstieg gewesen. Jetzt hat die Millionenfalle Kulturbau zugeschnappt, was die Stadt und jeder Bürger noch mindestens 30 Jahre spüren wird.

Erneut möchte ich den Oberbürgermeister als Kämmerer aus „Blick aktuell“ zitieren:

„Keine Frage, der Zentralplatz ist eine Herausforderung. In den Kulturbau und in die Infrastruktur um den Platz investiert die Stadt alleine 94 Mio. €“ Das wird die Bürger weiter beschäftigen und ich habe dazu sehr viele negative Stimmen gehört.

Dass diese Zahlen nicht ausreichen werden, sieht jeder am Schienenhaltepunkt Mitte und der Rhein-Mosel-Halle. Wir haben damals dazu gesagt sanieren, anstatt vergolden. Eine Sanierung im Bestand wäre wesentlich billiger und wesentlich weniger zeitaufwändig gewesen. Der politische Wille war, dies auszuweiten.

Hinzuzurechnen sind beim Zentralplatz mindestens 50 Mio. € Finanzierungskosten in 30 Jahren, bei unsicherer Zinsentwicklung evtl. noch mehr sowie zigfache Unterhaltungskosten im Vergleich zu den bisherigen Standorten. Wer soll das bezahlen? Wo sollen die notwendigen Mehreinnahmen herkommen? Von Schuldentilgung ist schon keine Rede mehr. Man spricht nur noch von Nettoneuverschuldung und mehr und mehr. Tilgung ist gar kein Thema mehr. Was sollen die zukünftigen Generationen sagen?

Wir hier gerechnet wurde, sieht man an folgendem Beispiel:

Wie bei TOP 19 zu lesen ist, hätte die Sanierung der drei Altstandorte 2007 etwa 6,5 Mio. € gekostet. Das hätte 30 Jahre gehalten und die Gebäude wären bei der Stadt geblieben und müssten nicht wie jetzt veräußert werden.

Diese einmaligen, historischen Gebäude werden in der Vorlage als „betriebswirtschaftlicher Ballast“ bezeichnet. Stattdessen gibt die Stadt fast 100 Mio. € am Zentralplatz aus, um 6,6 Mio. € Fördergelder vom Land zu erhalten. Dafür war man bereit, weitere Schulden auf sich zu nehmen. Dies steht in keinem Verhältnis und es kann keiner mehr verstehen. Aber dies müssen die verstehen, die damals zugestimmt haben.

Die BIZ-Fraktion hat sich immer wieder konsequent gegen diese Fehlentscheidung ausgesprochen und wir versprechen, das Projekt weiter kritisch zu begleiten und uns für die Offenlegung aller weiteren Vorgänge einzusetzen. Transparenz sollte das oberste Gebot sein, damit man mit dem Kulturbau nicht in die gleichen Fallen tappt wie bei der Rhein-Mosel-Halle oder dem Schienenhaltepunkt.

Wir halten damit einen unserer wichtigsten Grundsätze, Transparenz für alle Bürger, ein. Deswegen bestehen wir von der BIZ-Fraktion auch darauf, dass alle Prüfergebnisse des Rechnungsprüfungsamtes zu den Vorgängen zur Rhein-Mosel-Halle und dem Schienenhaltepunkt Mitte allen Ratsmitgliedern schriftlich zur Verfügung gestellt werden. Eine Missachtung der Rechte von Ratsmitgliedern wird die BIZ-Fraktion auf keinen Fall hinnehmen.

Neben den hausgemachten Ursachen der steigenden, vor allem aber exorbitant hohen Schuldenlast, gibt es seit Jahren ungelöste, strukturelle Probleme. Wir warten seit Jahren auf die Umsetzung eines Personalentwicklungskonzepts, das wir 2004 beraten haben, 2009 schriftlich vorgelegt wurde, aber bis heute nicht umgesetzt wird. Es wird weiterhin eingestellt und befördert, dies aber ohne Konzept. Hier werden Sparpotentiale im strukturellen Bereich nicht ausgenutzt.

Steigende Kosten im Bereich Jugend und Soziales können nicht mit pauschalen Kürzungen beantwortet werden. Das geht zu Lasten der ehrenamtlichen Leistungen, ohne die auf die Stadt weitere Kosten zukommen würden.

Hier allein auf Landesgelder zu setzen, ist bei dem Schuldenberg des Landes eher blauäugig. Wenn wir schon Schwierigkeiten haben, die öffentlich versprochenen 49 Mio. € zur BUGA zu erhalten, was wird dann aus anderen Zusagen? Hier ist Kontrolle besser als Vertrauen. Schriftlich besser als mündlich.

Apropos BUGA:

Bei einem Budget von 102 Mio. € einer Kostensteigerung von ca. 10 Mio. € am Schienenhaltepunkt und einer Mehrausgabe von 2,1 Mio. € wird der erwartete „Gewinn“ aufgezehrt.

49 Mio. € sind vom Land immer öffentlich versprochen worden, geflossen sind bisher aber erst 19 Mio. € (s. Anfrage vom 27.10.2011). Erst die Schlussabrechnung wird zeigen, ob wir am Ende überhaupt die 49 Mio. € vom Land erhalten werden. Bis es soweit ist, sind wir Zwischenfinanzierer des Landes. Auch eine Art die Landesverschuldung zu bremsen. Die BUGA war zweifelsohne ein Gewinn für unsere Stadt, aber nicht für den Haushalt.

Zu kritisieren ist auch die hohe Zahl der Verpflichtungsermächtigungen im Nachtragshaushalt. Von 2,8 Mio. € auf 16 Mio. €

Zum einen wird damit in Teilen der Eckwertebeschluss umgangen, denn neue Maßnahmen werden nun im Nachtrag über Verpflichtungsermächtigungen eingestellt. Zum anderen wurden wieder viele Maßnahmen nicht oder mit erheblicher Verspätung begonnen, so dass eine Korrektur erforderlich ist. Bei einigen Verpflichtungsermächtigungen fehlt die genaue Planung, es wird von vorübergehenden Schätzungen gesprochen, von Vorplanung, von in Aussicht gestellter Förderung etc. Eigentlich dürfen Projekte nur begonnen werden bei schriftlicher Zusage der Förderung. Diese Forderung fällt besonders ins Gewicht bei Millionenbeträgen, wie man sie z. B. für die Balduinbrücke benötigt.

Der Streit um die mündlich zugesagten 49 Mio. € Landesförderung für die BUGA sollte uns lehren erst mit Maßnahmen zu beginnen, wenn zumindest ein schriftlicher Bewilligungsbescheid des Landes vorliegt.

Zum Glück hat die BIZ-Fraktion diese Fragen schriftlich gestellt und somit schwarz auf weiß diese Vorgehensweise transparent gemacht.

Dieser Haushalt bildet nicht die wirkliche Lage der Stadt ab, hier fehlt die sog. Haushaltswahrheit und Klarheit.

Die BIZ-Fraktion lehnt diese Vorgehensweise gegen die Interessen der Bürger und nachfolgenden Generationen dieser Stadt ab und kann deshalb diesem Nachtragshaushalt nicht zustimmen.

Vielen Dank.“

## **Rede Rm Ackermann (Bündnis 90/Die Grünen)**

„Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, liebe Bürgerinnen und Bürger,

die positive Nachricht dieses Tagesordnungspunktes: Der Jahresfehlbetrag verringert sich um 15 Mio. Euro. Wie konnte das passieren?

Erstens, die neue rot-grüne Landesregierung sorgt sofort für wirtschaftlichen Aufschwung. Der rote Alleinregierungsmotor bekam einen grünen Turbo. Ergebnis: 7 Mio. Euro mehr Gewerbesteuer, 2 Mio. Euro mehr Einkommen- und Umsatzsteuer, 4 Mio. Euro mehr Schlüsselzuweisungen.

Die positive Stimmung macht auch vor den Stadtwerken nicht halt; diese schütten 2 Mio. Euro mehr aus, um den Haushalt zu sanieren.

Zum Ernst der Lage, auch der Stadtrat hat einen Anteil an der Verminderung des Fehlbetrages, 0,6 Mio. Euro Einsparungen bei den freiwilligen Leistungen. Dass dies allen wehgetan hat, ist klar und dass die ADD dahinter steht ist sehr klar. Der Stadtrat hat eine Haushaltsstrukturkommission berufen und ist dem Vorschlag zur Anhebung der Gewerbesteuer gefolgt.

Die Mehreinnahmen daraus waren 2,9 Mio. Euro mehr Gewerbesteuer, leider ohne das Votum der CDU. Der schlechte Wert dieses Tagesordnungspunktes, es bleibt ein Jahresfehlbetrag von 40 Mio. Euro, die das Eigenkapital der Stadt mindern, und das Wissen, dass es so nicht weiter gehen kann. Griechenland ist überall.

Herr Oberbürgermeister, nochmals vielen Dank für die Idee und Umsetzung der Haushaltsstrukturkommission. Ob es richtig war, dass dabei die Ratsfraktionen nicht mitmachen, sondern nur auf die Ergebnisse schauen, werden wir noch sehen.

Ich möchte noch einmal auf die 600.000 Euro Einsparungen eingehen, die von der ADD verordnet wurden, der gleichen ADD, die den Kulturbau genehmigt hat, obwohl zu diesem Zeitpunkt klar war, dass wir uns diesen Bau in dieser Größe nicht leisten können. Wir haben klar gegen das Gebot des Haushaltsausgleiches verstoßen, damit Rechtsbruch begangen, aber der Jugendtreff in Rübenach bleibt auf der Strecke.

Neues Thema: Der Zweckverband „Industriepark A 61“ entwickelt sich. Das Gebiet war immer für große Ansiedlungen von Unternehmen mit einem Platzbedarf von 2, 3 oder 5 ha geplant. In den letzten Jahren geht die Entwicklung, da es von der Industrie so nachgefragt wird, zu 20 – 25 ha hin. Da kann keiner etwas dafür, das ist wirtschaftliche Dynamik. Doch damit haben wir uns in dem Gebiet ein Problem eingekauft, da wir 20 m Höhendifferenz haben, wenn wir solch große Grundstücke ausweisen. Höhendifferenz schreit nach Ausgleich, wenn man eine 100.000 m<sup>2</sup> große Halle darauf bauen will. Zwanzig Meter, das entspricht in etwa der Höhe des Kulturbaus, dieses Gelände muss auf der einen Seite abgetragen und auf der anderen aufgefüllt werden, sodass es zu einem geraden Boden kommt.

Hinzu kommt dann die große Frage: Wer soll das bezahlen?

Damit wir konkurrenzfähig sind, wird natürlich ein Zuschuss gefordert.

In der letzten Ratssitzung haben wir in der nichtöffentlichen Sitzung einen solchen Vorratsbeschluss gefasst, dass wir für den Fall einer Zusage des Unternehmens 500.000 Euro zahlen könnten.

Der Landkreis muss seinen Beitrag leisten und auch das Land Rheinland-Pfalz, sodass in der Summe bei dieser Größenordnung von Grundstück 6 Mio. Euro Verkaufserlös 4 Mio. Euro Zuschuss zur Modulierung des Geländes gegenüberstehen.

Da kommt einfach das Problem, dass dies volkswirtschaftliche Verschwendung ist.

Warum begreifen wir als Kommunalpolitiker nicht, dass Reden und Handeln zielorientiert sein muss, um dem Votum der Politik wieder ein Gewicht zu verschaffen, sodass der Bürger es ernst nimmt.

Da sind nämlich Arbeitsplätze im Gespräch, wichtig. Aber zu welchem Preis? Der Landesentwicklungsplan, LEP IV, ist deutlich. Die Erklärung der Landesregierung ist auch deutlich; wir müssen den Flächenverbrauch aufhalten. Ein nicht geeignetes Grundstück durch Subventionen konkurrenzfähig zu machen, ist der falsche Weg. Es gehört für Kommunalpolitiker Mut dazu, zu sagen, wir haben kein Grundstück, das diesen Anforderungen des Unternehmens entspricht, aber es ist gesamtwirtschaftlich richtig.

Das Argument „Ich bin als Kommunalpolitiker in Koblenz gewählt“ stimmt, aber Koblenz liegt mitten in Deutschland und in Europa. Dafür haben wir auch Verantwortung.

Die Kommunen können sich nicht weiter erlauben, mit dem nicht vermehrbaren Land gegenseitig Subventionskonkurrenz zu betreiben.

Der Schienhaltepunkt Mitte wurde vom Bund der Steuerzahler pressewirksam als ein Beispiel für die Dummheit der Kommunalpolitiker eingesetzt. Ich möchte hier einmal klarstellen, dass der Rat sich mit diesem Nahverkehrsprojekt lange kontrovers auseinandergesetzt hat.

Eine Expertenanhörung, die von der CDU beantragt wurde, hat dann dazu geführt, dass das Projekt, ohne die CDU, mehrheitsfähig wurde.

Die Umsetzung durch die Verwaltung, an der Spitze unser alter Oberbürgermeister, war katastrophal. Ohne etwas aus dem laufenden Verfahren zu berichten, wer, wann, was wusste, ist eines klar. Keiner aus dem damaligen Rat hätte dieses Projekt bei diesen Kosten beschlossen.

Nun meine persönliche Meinung. Nicht die Verwaltung, sondern der Chef hat die Organisationsentscheidung getroffen. Die Bauverwaltung der Stadt Koblenz hat z.B. das Projekt Löhrrstraße terminlich und kostengerecht abgewickelt. Auch das Projekt Hochwasserschutz wird von Fachleuten dieses Amtes betreut und bis jetzt gibt es keine Hinweise, dass dort Probleme im zeitlichen oder finanziellen Ablauf bestehen. Hier Applaus von meiner Seite an die Bauverwaltung.

Was wir daraus lernen sollten ist: Bauprojekte müssen auch von Baufachleuten begleitet werden.

Wenn die Vielzahl der Projekte, die wir vor der BUGA auf die Schiene gesetzt haben, von mehr Fachleuten aus der Verwaltung hätten begleitet werden können, wären die Rhein-Mosel-Halle und der Schienenhaltepunkt Mitte wahrscheinlich nicht solche Pleiten geworden.

Dies habe ich schon öfter gegeißelt, weil ich gesagt habe, diese Projekte können wir nicht alle gleichzeitig machen.

Unser neuer Oberbürgermeister hat es verstanden und das Projekt Kulturbau besser abgesichert. Wir hoffen mit allen Beteiligten auf eine Punktlandung.

Meine Fraktion wird sich, wie auch beim Haushalt, beim Nachtragshaushalt enthalten, da die Tendenz sparen zu wollen zwar da ist, wir uns aber fragen, wie wir bei Verpflichtungsermächtigungen von 30 Mio. Euro im nächsten Jahr die Kurve kriegen sollen.

Vielen Dank.“

## **Rede Rm Dr. h.c. Pieper (FDP)**

„Herr Oberbürgermeister, meine Herren Beigeordnete, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Sie Interesse am Geschehen in unserer Stadt zeigen.

Ich denke, nur durch ständiges Wiederholen der Zahlen wird nichts besser, deshalb werde ich mich auf ganz allgemeine Aussagen zu diesem Nachtragshaushalt einlassen.

Ich halte es wie bei der Haushaltsrede zum ordentlichen Haushalt und sage gleich, wir werden den Haushalt zwar diesmal nicht ablehnen, werden uns bei der Abstimmung aber enthalten.

Nun höre ich schon: "Was muss denn noch passieren, damit die FDP zustimmen kann. Zumal doch die Zahlen gemessen an der ersten Vorlage viel günstiger aussehen, und wahrscheinlich auch für eine Zustimmung der ADD bei der ordentlichen Haushaltsvorlage ausgereicht hätten."

In der Tat, da wird keiner widersprechen können, wobei die hohe Summe der Verpflichtungsermächtigungen schon erschrecken, aber wohl notwendig sind.

Aber Fakt ist, dass eben nur bzw. wesentlich durch die Steuermehreinnahmen dieses Bild entstanden ist.

Fakt ist aber auch, dass wir in der FDP-Fraktion, bis auf die Erhöhung der Gewerbesteuer, keinen Ansatz sehen, im Sinne der Eckdaten Maßnahmen einzuleiten, die tatsächlich zu einer strukturellen Verbesserung der finanziellen Lage führen. Die in Rede stehenden und immer wieder genannten 600.000 € sind - um es einmal ganz profan zu sagen - in allen Dezernaten auf Wunsch der ADD zusammengekratzt worden. Dies wird man möglicherweise noch einmal machen können, aber dann sehen wir kaum noch Chancen weitere Einsparungen zu generieren. Es sei denn, wir schaffen die Freiwilligen Leistungen ganz ab, was natürlich fatal wäre.

Wobei ich wieder bei meiner ordentlichen Haushaltsrede bin. Meine Damen und Herren, im Sozialetat werden wir nur Einsparungen erreichen, wenn der Bund die von ihm beschlossenen Lasten auch übernimmt und dazu steht.

Weiter werden uns die getätigten Investitionen mit all den ungunstigen Begleiterscheinungen auf lange Sicht derart durch Zins- und Tilgungsleistungen belasten, dass auch hier kaum finanzielle Besserungen erwartet werden können, ganz im Gegenteil.

Was bleibt ist der Personalbereich. Und so weh es auch tun mag, wir werden wohl nicht ohne eine neue Personalstruktur eine vernünftige Konsolidierung unserer Finanzen erreichen.

Die von uns geforderte Einrichtung eines Arbeitskreises zur Haushaltskonsolidierung ist ja nun durch die Haushaltsstrukturkommission, Gott sei Dank, Realität. Noch älter ist aber unsere Forderung nach einem Personalentwicklungskonzept und wie schon erwähnt, gerade und besonders hier wird die FDP-Fraktion immer wieder den Finger in die Wunde legen. Wir werden auch in der Schwimmbadfrage nicht müde werden, eine Lösung einzufordern, die den finanziellen Gegebenheiten gerecht wird, eben nur private Investition oder Kooperation im Umland. Und offensichtlich ist die Verwaltung ja dort bereits auf dem richtigen Weg. Hoffen wir, dass er von Erfolg gekrönt wird.

Warum ich das so deutlich sage. Weil wir uns wünschen, dass gemeinsam mit der Verwaltung auch alle Fraktionen sich selbst in ihrem Handeln Beschränkungen auferlegen, und nicht weiterhin neue Projekte fordern, die bei allem Verständnis sicherlich auch wünschenswert wären. Man muss nach außen auch mal deutlich machen, dass wir allesamt, Verwaltung und Fraktionen, auch eine Gesamtverantwortung für unsere Stadt haben. Und da kann z. Zt. nur im Vordergrund stehen, in absehbarer Zeit wieder einen ausgeglichenen Haushalt, der auch dem Schuldenabbau

dient, vorlegen zu können. Wenn wir das erreichen, ist es eine positive Arbeit für die Zukunft und es macht keinen Sinn uns immer nur vorzuwerfen, wer etwas falsch oder richtig gemacht hat. Wir alle sitzen im gleichen Boot und haben dafür zu sorgen, auch im Sinne unserer Bürger, dass wir dieses Problem in den Griff kriegen.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen und ich danke ganz besonders der Verwaltung, die sich immer wieder immense Mühe machen muss, um unsere Anforderungen von Zahlen und Hinweisen zu bedienen.“

### **Rede Rm Baum (FBG)**

„2011 geht in die Geschichte ein als das Jahr, in dem sich Koblenz verwandelt hat.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

viele Gedanken zu dem uns vorliegenden Nachtargshaushalt sind bereits von meinen Vorrednern besprochen worden, alle Zahlen liegen auf dem Tisch. Klar ist allen Kolleginnen und Kollegen, und das muss auch wirklich jedem ganz klar sein, dass es ein „Weiter so“ nicht geben kann. Es muss gespart werden - und zwar überall.

Und – das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich betonen: Alle müssen beim Sparen mitmachen.

Ob im Rat oder in der Verwaltung, jeder ist verpflichtet, an seiner Stelle den unbedingten Willen zum absoluten Sparen mitzutragen.

Im letzten Jahr habe ich an dieser Stelle einen Abschnitt meiner Rede mit der Überschrift „Koblenz in Not“ betitelt. Wenn wir die im wahrsten Sinne des Wortes „tickende Zeitbombe“ unserer ständig wachsenden Schulden betrachten, dann hat diese Überschrift absolut nichts an Dramatik verloren. So steigt alleine während dieser jetzigen Ratssitzung, sofern wir bis heute Abend um 20:00 Uhr fertig sein sollten, der Schuldenstand der Stadt tatsächlich um 30.420 Euro an. Das sind pro Stunde 6.084 Euro.

Der von allen Fraktionen gemeinsam beschlossene Eckwertebeschluss muss absolut der rote Faden sein, der sich in nächster Zeit sozusagen als alleinige Leitlinie durch unser politisches Handeln zieht, auch wenn es uns alle, vor allem aber die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Wirtschaft, sehr schmerzen wird.

Aus diesem Grund können wir keinen neuen Investitionen zustimmen, die nicht unbedingt notwendig sind. Die FBG lehnt daher beispielsweise ganz konsequent die Erschließung neuer Baugebiete ab. Sie sind derzeit nicht notwendig und wir können sie uns nicht leisten.

Nichtsdestotrotz fordern wir aber auch eine Veränderung in den Denkmodellen der Verwaltung, ein Beispiel dafür ist die sog. Passivhaussiedlung auf dem Asterstein. Seit Jahren werden hier Grundstücke wie Sauerbier angeboten, aber nur wenige können verkauft werden. Wir fordern hier umzudenken und das starre Denken, nur Passivhäuser bauen zu wollen, abzulegen. Unseres Erachtens sind die Vorschriften der EnEV (Verordnung über energiesparenden Wärmeschutz und energiesparende Anlagentechnik bei Gebäuden) für Neubauten heute bereits so weit fortgeschritten, dass die Werte nicht mehr weit unter den Standards für ein Passivhaus liegen.

Wenn dieses absolute Festhalten an dem Passivhausstandard gelockert würde, könnten aus unserer Sicht die jetzt noch brach liegenden Grundstücke wesentlich besser und vor allen Dingen schneller vermarktet werden. Somit wäre ein Punkt in unserem Eckwertebeschluss, mögliche Einnahmemöglichkeiten zu schaffen, erfüllt. Und, wir erlauben uns an der Stelle auch den Hinweis darauf, dass der „Tag des Passivhauses“ am kommenden Wochenende aus unserer Sicht sehr viel Geld kosten, aber keinerlei Verbesserung der dortigen Situation bringen wird. Ein Verzicht auf diese Veranstaltung wäre z.B. ein vernünftiger Sparbeitrag der Verwaltung gewesen.

Die FBG hat beispielsweise auch der Erhöhung der Parkgebühren zugestimmt, damit diese Einnahmen unserem maroden Haushalt zu Gute kommen. Wir sind bei den Bürgern unserer Stadt dafür heftig gerügt worden. In vielen Einzelgesprächen haben wir dann aber auch verständlich darlegen können, welche Gründe für diese unpopuläre Entscheidung gesprochen haben.

In diesen Gesprächen wird auch immer wieder der Ruf der Bürger laut, dass die Verwaltungsvorgänge ebenfalls unbedingt auf den Prüfstand müssen, auch dies ist ein Punkt der viel zitierten Eckwerte. Hier seien beispielhaft der Schienenhaltepunkt Mitte und die Rhein-Mosel-Halle erwähnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist der Öffentlichkeit einfach nicht vermittelbar, was da abläuft und das ist auch nicht akzeptabel. Da muss vorher sehr viel intensiver und professioneller geprüft und gehandelt werden.

Gerade diesen Punkt haben wir von der FBG uns ganz besonders auf die Fahnen geschrieben. Wir werden darauf drängen, auch einige Vorgänge aus der Vergangenheit zu untersuchen und aufzuarbeiten, denn aus unserer Sicht sind einfach Fehler gemacht worden, die vermeidbar gewesen wären. Ein leidiges Beispiel, schon im letzten Jahr genannt, ist aus unserer Sicht das Thema „Schiffsanlegestellen am Peter-Altmaier-Ufer“. Hier muss fachlich fundiert und völlig vorurteilsfrei geklärt werden, ob in diesem Zusammenhang Gelder investiert wurden, ohne dass die Verwaltung etwa rechtliche und tatsächliche Sachverhalte bis zum Letzten geprüft hatte. Und an dieser Stelle ist die gleiche Prüfung dringend geboten, bevor hier etwa weitere Investitionen in die Wege geleitet werden, die dann wieder nicht zum erhofften Ergebnis führen.

Beispielsweise ist ja offenbar vorgesehen, eine Abwasserentsorgungsanlage für die Kabinenschiffahrt am Peter-Altmaier-Ufer zu bauen. Dabei steht jetzt schon fest, dass ohne den vorherigen Abschluss eines Nutzungsvertrages zwischen dem WSA und der Stadt auch diese Investition zu keiner Verbesserung der Situation führen wird. Die FBG steht hier bekanntlich jederzeit zur Unterstützung der Verwaltung zur Verfügung.

Koblenz verwandelt- verwandeln muss sich vor allen Dingen unser aller Denken, der immerwährende und laute Ruf nach der Stadt, so nach dem Motto: „Die sollen mal machen, wir zahlen schließlich auch unsere Steuern dafür!“ – diese Einstellung muss sich einfach ändern. Wir Bürger haben uns in den letzten Jahrzehnten viel zu sehr daran gewöhnt, selbst bei der kleinsten Kleinigkeit nach der Stadt und ihren Bediensteten zu rufen. Das wird und das kann in Zukunft nicht mehr funktionieren; eigenständige Mitarbeit ist gefragt. Wir sehen hier schon Beispiele bei den Freunden der BUGA. Wir alle müssen an der Stelle ganz laut sagen: „Frage nicht, was Koblenz für dich tun kann, frage lieber, was kann ich für Koblenz tun“. Daher müssen wir versuchen, die positive Stimmung aus unserer BUGA in die nächsten Jahre zu übertragen. Viele Koblenzer sprechen heute bereits wesentlich bewusster und öfter von „unsrer“, ja von „ihrer“ Stadt.

Wenn das den Bürgern gelingt, und wenn uns das auch gelingt, dann können wir an dem Tisch, der uns durch die BUGA gedeckt wurde, mit allen Koblenzerinnen und Koblenzern Platz nehmen. Auch wenn es da nicht immer das Feinste und Beste sein wird, was dann auf diesem Tisch serviert werden wird, wir alle müssen unseren Gürtel enger schnallen, ob wir das jetzt wollen oder nicht. Und außerdem, um in diesem Bild zu bleiben, Döbbekooche ist wesentlich preiswerter, als eine fette Gans, er ist gesünder und schmeckt besser.

Deshalb ist die FBG immer noch optimistisch, was die Chancen unserer Stadt anbelangt. Wir müssen alle Kräfte bündeln: Im Rat, in der Verwaltung, im Handel und in der Bürgerschaft, um unser Koblenz als liebens- und lebenswerte Stadt zu erhalten und vor allen Dingen nach den jetzt vorgegebenen finanziellen Möglichkeiten weiterentwickeln zu können. Denn Sparen um des Sparens Willen darf nicht sein, die Stadt darf nicht kaputt gespart werden. Es muss auch gehandelt, es muss weiterentwickelt werden. Ein Beispiel dafür ist im Moment die Straße Im Entenpfuhl. Dank der langjährigen Bemühungen der FBG zusammen mit SPD und den Grünen, wird die Einkaufsstraße Im Entenpfuhl jetzt zur Fußgängerzone erklärt, was ja mittlerweile auch von der Mehrheit der dort ansässigen Geschäftsleute positiv aufgenommen wird. Das ist auch ein Beleg dafür, dass sich die FBG bemüht, Koblenz als Einkaufsstadt attraktiv zu machen.

Eine weitere Entwicklungsmöglichkeit ist zweifelsohne die Re-Kommunalisierung der Kevag. Die wird allgemein als Jahrhundertchance für Koblenz gesehen. Die FBG sagt dazu ja, aber das ist auch nur dann eine Chance, wenn alle Einzelheiten dieser Übernahme akribisch, man kann das gar nicht oft genug betonen, akribisch genau geprüft und bewertet werden und wenn es vor der Unterschrift unter die Verträge ein zukunftsfähiges Konzept, insbesondere für die kommunale Stromversorgung, gibt.

Dann, und nur dann, ist auch dies eine Chance, unsere Stadt, trotz der notwendigen Investitionen, langfristig voran zu bringen.

Bei Ihnen, Herr Oberbürgermeister, bei Ihrer Kollegin und den Kollegen des Stadtvorstandes, bedanken wir uns für die gute Zusammenarbeit, natürlich auch und ganz besonders bei den Mitarbeitern der Verwaltung, für die mühevollen Arbeit, die sie auch mit den vielen Anträgen und Anfragen des Rates haben.

Die FBG stimmt dem vorliegenden Nachtragshaushalt zu, damit die Stadt handlungsfähig bleibt und die jetzt aufgezeigten Chancen zur Verwandlung ermöglicht werden.“

Nachdem die vor einer Abstimmung über Punkt 1 erforderlichen Beschlüsse der Punkte 2, 3 und 4 einstimmig gefasst wurden, teilt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig mit, dass folgender Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Punkt 1 vorliege:

„Die CDU-Fraktion beantragt zu P661002, Gehweg Anderbachstraße, Rübenach, eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 10.000 Euro für den Grunderwerb mit Kassenwirksamkeit in 2012 einzustellen. Es handelt sich um keine neue Maßnahme“.

Die Verwaltung habe diesen Vorschlag geprüft und biete an, noch verfügbare Haushaltsmittel i.H.v. 5.000 Euro, die aus dem Jahr 2010 in das Jahr 2011 übertragen worden seien in das Jahr 2012 zu übertragen. Dies könne der Rat in dieser Sitzung beschließen, um einen evtl. kurzfristigen Grunderwerb zu finanzieren.



Die Maßnahme insgesamt könne somit im Januar im Haupt- und Finanzausschuss beraten werden.

Der Vorteil dieses Vorgehens liege darin, dass der Nachtragshaushalt unverändert verabschiedet werden könne und man noch auf eine Freigabe in diesem Jahr durch die ADD hoffen könne.

CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer zeigt sich mit dem Kompromissvorschlag einverstanden und bedankt sich bei Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig für diesen Vorschlag.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann äußert Zustimmung und bittet darum, den zuständigen Sachbearbeiter explizit auf die Verfügbarkeit der Haushaltsmittel hinzuweisen.

Rm Mehlbreuer (Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach, warum die im Haushaltsplan 2011 von allen Fraktionen beschlossene Maßnahme zur Straßenquerung an der Integrierten Gesamtschule i.H.v. 50.000 Euro nicht umgesetzt worden sei. Der Antrag existiere bereits seit 2007 und sei auch in den durch die IGS durchgeführten Jugendforen vorgestellt worden.

Nun könne er nicht ausgeführt werden, da die ADD sich wohl nicht damit identifizieren könne, Kindern eine sichere Straßenüberquerung zu gewährleisten.

Es gehe hier um die Sicherheit von Schülern und es könne sich dementsprechend nicht um eine neue Maßnahme handeln.

Beigeordneter Prümm stellt dar, dass man das Verfahren auch bereits seit 2007 begleite und in den Schreiben auf die Unabweisbarkeit verwiesen habe. Die ADD sehe diese hier aber nicht gegeben.

Rm Mehlbreuer (Bündnis 90/Die Grünen) teilt mit, dass sie die ADD als Aufsichtsbehörde nicht verstehen könne. Einerseits genehmige diese den Kulturbau und andererseits werde eine Maßnahme i.H.v. 50.000 Euro, die der Sicherheit von Schülerinnen und Schülern diene, nicht genehmigt.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig äußert, dass er die Debatte nicht für zielführend halte und gibt zu bedenken, dass die Verwaltung den Rat lediglich wunschgemäß über alle durch die ADD abgelehnten Maßnahmen unterrichte. Darüber sei auch in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses intensiv verhandelt worden.

Man könne die angesprochene Maßnahme zwar erneut im Haupt- und Finanzausschuss behandeln, allerdings ändere dies nichts an der Position der ADD, die die Unabweisbarkeit hier ablehne.

Rm Lehmkuhler (SPD) regt an, dass der bei der ADD zuständige Sachbearbeiter sich hinsichtlich der Maßnahme „Fußgängerbrücke Stolzenfels“ Ortskenntnis verschaffe, sodass er sehe, dass es sich um eine unabwiesbare Maßnahme handele.

Beigeordneter Prümm versichert, dass man in dieser Angelegenheit versuche einen Ortstermin mit dem zuständigen Sachbearbeiter zu vereinbaren und ihm die Situation zu veranschaulichen.